

### **1.3. Die Rolle und Entwicklung der EU (Entwurf Stand Okt. 23)**

15 Jahre nach der Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon stellt sich die Außenpolitik der Europäischen Union neu dar. Der im Vertrag mit angestrebte Aufbau einer Militärmacht ist vorangeschritten, parallele Verstärkungen der polizeilichen Grenzabschreckung vervollständigen die machtpolitische Perspektive.

Der Europäische Rat kann Militärinterventionen in aller Welt beschließen. Die Mitglieder verpflichten sich zur Unterstützung solcher Interventionen sowie zur Aufrüstung. Einige Staaten der EU, insbesondere Deutschland und Frankreich, betreiben den Aufbau einer Militärmacht der EU und stellen dazu eigene bi- oder trilaterale Kampfgruppen auf.

Die EU wird zu einem Militärbündnis wie die NATO und damit teils zu deren Kooperationspartner, teils zum Konkurrenten (»strategische Autonomie«). Wegen der inneren Widersprüche in der EU sind zwar militärische Strukturen im Aufbau, aber die geplanten gemeinsamen Streitkräfte weiterhin nicht im vollen Umfang verfügbar.

Nach der Aufstellung von EU-Battle-Groups, die rotierend von verschiedenen EU-Ländern besetzt werden sollten, folgte zu Beginn der 2020er Jahre das Projekt einer 5.000 Personen starken »Schnellen Eingreiftruppe«. Auch die Idee einer EU-Armee wird immer wieder ins Spiel gebracht, findet aber aktuell keine Mehrheit.

Mit der Einführung der »ständigen strukturierten Zusammenarbeit« (PESCO) wurde das bisher geltende Prinzip der Einstimmigkeit bei außenpolitischen Aktivitäten erstmals durchbrochen. Außerdem werden multinationale Rüstungsprojekte eines selbsternannten Zentraleuropa (Deutschland und Frankreich sind auch hier Treiber) gefördert – die Umsetzung eines neuen Typus Kampfflugzeuges »Future Combat Air System« (FCAS) wird das nächste irrsinnige Rüstungsprojekt mit einem Entwicklungshorizont von über 20 Jahren. Durch haushaltspolitische Taschenspielertricks umgeht die EU dabei die eigentliche industriepolitische Neutralität und fördert aktiv den Rüstungskomplex.

Auch andere vormals nichtmilitärische Bereiche der EU werden zusehends militarisiert: so ist beispielsweise der Haushaltstopf der Generaldirektion DG Space deutlich gewachsen und umfasst nunmehr auch gezielt militärische Dimensionen der Nutzung des Weltraums.

Mit der EU-Globalstrategie (EUGS) von 2016 wird ein potentieller militärischer Handlungsbedarf u.a. zur Sicherung des Zuganges zu natürlichen Ressourcen und von Handelswegen beschrieben. Als Einsatzraum wird darin eine Region bis Zentralasien und Zentralafrika benannt, die Sicherung der Handelswege umfasst sogar das Südchinesische Meer. Im »Strategischen Kompass für Sicherheit und Verteidigung« von 2022 wird diese Perspektive fortgeschrieben, dabei auch die Rolle der EU in der neuen Konkurrenz der Großmächte definiert.

Besonders drastisch tritt der Widerspruch zum ansonsten gepflegten Bild des Friedensprojektes Europa bei der sogenannten »Friedensfazilität« zutage: das so benannte Instrument dient der direkten Förderung militärischer Akteure weltweit durch Rüstungsgüterimporte, Kapazitätsaufbau („Ertüchtigung“) und damit nicht im Geringsten friedensfördernden Maßnahmen.

Der Raum für zivile und nichtmilitärische Alternativen schrumpft weiter zusehends – und marginalisiert auch zusätzlich die parallel aufrechterhaltenen friedenspolitischen Ambitionen der EU (beispielsweise in den Bereichen Mediation und Konfliktvermittlung).

Selbst dort, wo sie angestrebt wird, scheitert sie an den realen weltpolitischen Machtverhältnissen. Beispielsweise schien bei den Bemühungen, das Atomabkommen mit dem Iran (JCPOA) nach dem Austritt der USA am Leben zu halten, die Abhängigkeit von den USA jegliche strategisch eigenständige Macht der EU komplett auszuhebeln. Mit Beginn einer neuen Welle an revolutionären Protesten in Iran und der gewaltsamen Unterdrückung dieser Proteste sind zu Recht jegliche Möglichkeiten Europas, hier noch etwas zu bewegen, auf Null gefallen.

Die Eliten in einigen EU-Staaten wollen die EU zur stärksten Wirtschaftsmacht der Welt machen. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bzw. auch Konkurrenzfähigkeit untereinander wurde mit einer Absenkung des Lohnniveaus sowie Senkung der Steuern und folgender gigantischer Staatsverschuldung erkauft. Die über Jahre hinweg hohen Militärausgaben haben wesentlich zu dieser Staatsverschuldung beigetragen.

Die sogenannte Schuldenkrise hat gezeigt, dass sich die EU nicht zu einer Staatengemeinschaft mit gleichem Wohlstandsniveau entwickelt, sondern Profite und Finanzkapital in die ökonomisch führenden Staaten, v.a. Deutschland und Frankreich, transferiert werden. Viele der Staaten im Süden der EU sind bei Banken, reichen Staaten und international tätigen Kapitalanlegern verschuldet.

Die Kreditgeber erzwingen in den verschuldeten und ökonomisch abhängigen Ländern eine Politik des Sozialabbaus, der Privatisierung und der Verarmung. Ein ähnliches Verhältnis zeigt sich auch in der Europäischen Nachbarschaftspolitik und den Assoziierungs- und Beitrittsprozessen. Die Marktliberalisierungen und Grenzsicherungsmaßnahmen, sowie weitreichende Homogenisierungsanforderungen stellen ein ungleiches Anspruchsgefälle der EU zu ihrer Peripherie dar und markieren die EU als hegemonialen und imperialen Player.

Die Regierungen der EU haben kein Konzept für ein Europa der sozialen Gerechtigkeit und des nachhaltigen Wirtschaftens.

Antieuropäische Bewegungen gegen die großen Mächte Deutschland und Frankreich entstehen in einer Reihe von kleineren Staaten. Regressive Trends und europafeindliche Stimmungen lassen überall populistische Parteien entstehen – die auch schon Erfolge erzielt haben: vom Brexit Großbritanniens 2016 über die autoritären politischen Positionen in den Visegrad-Staaten, allen voran in Ungarn, bis hin zur Erstarkung offen faschistischer Parteien in Deutschland, wie der AfD.

Gegenüber dem Globalen Süden ist zudem eine Festung« Europa entstanden, die lediglich für die Sicherung einer auszubeutenden Klasse in Teilen absichtlich durchlässig gehalten wird. Die Menschen v.a. aus afrikanischen Staaten, aber auch aus Iran, Afghanistan oder Pakistan, die vor militärischen und ökonomischen Konflikten flüchten, die oftmals von der EU mit verschuldet worden sind, sollen als unerwünschte „Folgekosten“ mit quasi militärischen Methoden abgewehrt werden. Der Aufbau der Grenzüberwachungs- und -polizeiorganisation FRONTEX hat hier für Vereinheitlichung eines repressiven und rassistischen europäischen Grenzregimes gesorgt und gleichzeitig eine absolut intransparente Struktur der Gewaltrechtfertigung geschaffen. Die Antikorruptionsbehörden der EU ermitteln und mittlerweile sind Menschenrechtsverletzungen auch in den Gremien der EU dokumentiert und thematisiert worden. Das System allerdings bleibt davon jedoch bislang weitgehend unberührt.